

INHALT

40. Änderung des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2011

41. Abgabenertragsanteile der Gemeinden September 2016

42. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis September 2016

Verbraucherpreisindex für Juli 2016 (vorläufiges Ergebnis)

40.

Änderung des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2011

Der Tiroler Landtag hat am 29.6.2016 umfangreiche Änderungen des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2011 beschlossen, die am 1.10.2016 in Kraft treten (LGBl. Nr. 93/2016).

Zur besseren Lesbarkeit wird zeitgleich mit dem Wirksamwerden der neuen Regelungen eine Wiederverlautbarung des gesamten Gesetzestextes als Tiroler Raumordnungsgesetz 2016 erfolgen.

Die aktuelle Novelle umfasst vor allem folgende Änderungen:

a) Ziele der überörtlichen Raumordnung:

Der Katalog der überörtlichen Raumordnungsziele wird punktuell ergänzt, indem neben dem Klimaschutz auch die Folgen des Klimawandels, die Berücksichtigung der Bodenbonität landwirtschaftlicher Flächen und die Energieeffizienz ausdrücklich verankert werden.

b) Einkaufszentrenregelung:

Es wird klargestellt, dass im Rahmen von Einkaufszentren auch Betriebe, die ausschließlich Dienstleistungen anbieten, wie etwa Fitness-Center, Reisebüros oder Agenturen, bestehen können.

Im Übrigen wird die Zusammenrechnungsregel betreffend die Kundenfläche von Einkaufszentren präzisiert.

Entsprechend der bisherigen Auslegungspraxis wird in diesem Sinn ausdrücklich klargestellt, dass ein relevantes Naheverhältnis jedenfalls zwischen Nachbargebäuden besteht, die nicht durch für den Kraftfahrzeugverkehr bestimmte öffentliche Straßen voneinander getrennt sind. Was die betriebsorganisatorischen Verhältnisse anbelangt, soll klargestellt werden, dass die eingangs erwähnten Dienstleistungsbetriebe in dieser Hinsicht dann nicht den übrigen - einen Teil des Einkaufszentrums bildenden - Betrieben zuzurechnen sind, wenn sie über von diesen Betrieben getrennte Zugänge verfügen. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass Einkaufszentren in erster Linie aus Handelsbetrieben und Mischbetrieben bestehen, die neben Waren auch Dienstleistungen anbieten, wogegen die in Rede stehenden Dienstleistungsbetriebe einen Randaspekt darstellen. Auch gelten unter diesem Aspekt Gebäude, in denen nur Dienstleistungsbetriebe untergebracht sind, nicht als Einkaufszentrum; sie können jedoch in der gesetzlich gebotenen Zusammenschau mit weiteren Gebäuden bzw. Betrieben Teil eines Einkaufszentrums sein. Die ärztliche Tätigkeit zählt auch dann, wenn Ordinationen oder mitunter auch (private) Krankenanstalten in einem entsprechenden Naheverhältnis zu Einkaufszentren stehen, nicht zu jenen (handelsnahen) Dienstleistungen, wie sie typischerweise im Rahmen von Einkaufszentren erbracht werden.

Es wird daher klargestellt, dass entsprechend genutzte Flächen keinesfalls dem Einkaufszentrenregime unterfallen. Dies gilt grundsätzlich auch für Apotheken, bei denen jedoch zu berücksichtigen ist, dass diese vielfach auch weitere (Handels-)waren anbieten, insbesondere aus dem Drogeriebereich. Hier bleibt daher nur eine Fläche im Höchstausmaß von 100 m² unberücksichtigt.

c) Raumordnungsverfahren im Bereich der überörtlichen Raumordnung:

Im Verfahren zur Erlassung oder Änderung von überörtlichen Raumordnungsprogrammen erfolgt die Verlautbarung der Entwurfsauflegung künftig ausschließlich im Bote für Tirol, die vergleichsweise kostenaufwändige ergänzende Verlautbarung in Printmedien ist dagegen nicht mehr vorgesehen, statt dessen ist die Auflegung weiters auf der Homepage des Landes Tirols bekanntzumachen.

d) Freizeitwohnsitzregelungen:

Im Bereich der örtlichen Raumordnung liegt der Schwerpunkt auf der Präzisierung des Freizeitwohnsitzbegriffes und einer entsprechenden Anpassung der Vorschriften über Freizeitwohnsitze. Diese Anpassungen bilden einen Schwerpunkt des vorliegenden Novellierungsentwurfs insgesamt.

Freizeitwohnsitze werden zum Zweck der Vermeidung von Umgehungen künftig noch klarer von Gastgewerbebetrieben zur Beherbergung von Gästen abgegrenzt. Die Ausnahmebestimmung, wonach Gastgewerbebetriebe zur Beherbergung von Gästen nur dann nicht dem Freizeitwohnsitzregime unterliegen, wenn diese eine bestimmte Mindestausstattung aufweisen und überdies bestimmte gewerbetypische persönliche Dienstleistungen erbracht werden, wird klarer gefasst. In diesem Sinn wird anders als bisher nicht nur auf das Vorliegen der in Rede stehenden Voraussetzungen abgestellt, sondern bereits einleitend verdeutlicht, dass ein Gastgewerbebetrieb zur Beherbergung von Gästen nur dann nicht als Freizeitwohnsitz gilt, wenn alle Ausschlusskriterien kumulativ vorliegen. Neu ist, dass die Aufenthaltsräume künftig abhängig von der Bettenanzahl eine bestimmte Mindestgröße aufweisen müssen, womit Umgehungen besser vorgebeugt werden soll; bisher konnte das Erfordernis des Vorhandenseins von Gemeinschaftsräumen auch dadurch erfüllt werden, dass diese lediglich pro forma in einer im Hinblick auf die ihnen eigentlich zugedachte Funktion viel zu geringen Größe

vorgesehen wurden.

Eine weitere Form der Umgehung bestand darin, dass verschiedentlich versucht wurde, Räume als Gemeinschaftsräume zu deklarieren, denen diese Funktion tatsächlich nicht zugekommen ist. In diesem Sinn wird klargestellt, dass Wellness-Bereiche, Schi- und Abstellräume, Sanitäräume und ähnliche Räume nicht als Gemeinschaftsräume gelten.

Eine weitere Klarstellung erfolgt dahingehend, dass Räume, die zwar aufgrund der gewerbebehördlichen Betriebsanlagengenehmigung Teil des gewerblichen Beherbergungsbetriebes sind, die jedoch aufgrund ihres tatsächlichen Verwendungszweckes nicht in gewerbetypischer Weise verwendet werden, im Rahmen des Freizeitwohnsitzregimes außer Betracht zu bleiben haben. Dabei handelt es sich einerseits um Räumlichkeiten im Wohnungseigentum, die vom Eigentümer bzw. seiner Familie selbst genutzt werden und andererseits um Räume, an denen dingliche oder vertragliche Verfügungsrechte bestehen, die für eine gastgewerbliche Vermietung untypisch sind. Dies bedeutet nicht, dass solche Räumlichkeiten per se als Freizeitwohnsitze gelten, weil dies von ihrer tatsächlichen Verwendung abhängt; sie sind aber nicht vorweg allein aufgrund dessen, dass sie Teil einer gewerblichen Betriebsanlage sind, vom Freizeitwohnsitzregime ausgenommen.

Eine weitere Neuerung besteht darin, dass dem Grundeigentümer bzw. sonst über das Grundstück Verfügungsberechtigten nach dem Vorbild des Vorarlberger Raumplanungsgesetzes in Verwaltungsstrafverfahren wegen der Übertretung der Freizeitwohnsitzvorschriften eine verwaltungsstrafrechtlich sanktionierte Auskunftspflicht betreffend die Nutzung des jeweiligen Wohnsitzes auferlegt wird, weiters wird den Gemeinden, die eine Übertretung des Freizeitwohnsitzregimes auf ihrem Gebiet bei der Verwaltungsstrafbehörde anzeigen, im Verwaltungsstrafverfahren Parteistellung und weiters Amtsbeschwerde- und Amtsrevisionslegitimation eingeräumt.

Schließlich werden die Gemeinden verpflichtet, der Landesregierung erstmalig spätestens mit 1.7.2017 einen anonymisierten Auszug aus dem Freizeitwohnsitzverzeichnis elektronisch zu übermitteln und ihr in weiterer Folge auf dieselbe Weise sämtliche Änderungen bekanntzugeben. Die Landesregierung hat diese Daten auf der Internetseite des Landes Tirol zu veröffentlichen.

Es wird entsprechend der bisherigen Auslegungspraxis klargestellt, dass die Vergrößerung von Freizeitwohnsitzen über das gesetzlich zulässige Ausmaß hinaus zum Erlöschen der Freizeitwohnsitzeigenschaft führt.

Schließlich sollen Freizeitwohnsitze unter den allgemein geltenden Voraussetzungen auch auf Sonderflächen für Hofstellen zulässig sein, dies betrifft vor allem die geltende Beschränkung auf höchstens 8 % der Haushalte der betroffenen Gemeinde. Bei der neuen Regelung musste zusätzlich sichergestellt werden, dass derartige Freizeitwohnsitze keine Sonderrechtsfähigkeit erlangen können. Diese Einschränkung ist schon aus Sachlichkeitsgründen notwendig, einerseits um Nutzungskonflikten zwischen der Landwirtschaft und Wohnnutzungen vorzubeugen, andererseits aber auch, weil sonst auf diesen speziell Zwecken der Landwirtschaft dienenden Flächen eine landwirtschaftsfremde selbstständige Wohnnutzung ermöglicht würde. In diesem Sinn werden weitere restriktive Zulässigkeitsvoraussetzungen vorgesehen.

e) Örtliche Raumplanungsinstrumente:

Es erfolgt eine Neuregelung der Bestandsaufnahme, welche strukturiert und gestrafft und auf die in der Vollzugspraxis relevanten Inhalte fokussiert wird. Dabei entfallen die bisher bestehende Verordnungsermächtigung sowie die auf dieser Grundlage ergangene Durchführungsverordnung. Klarstellungen erfolgen weiters zur Vermeidung von Doppelerhebungen sowie im Zusammenhang mit der bestehenden Verpflichtung zur Leistung von Kostenbeiträgen für die Ausarbeitung von Flächenwidmungsplanänderungen. Präzisierungen werden weiters im Bereich der Festlegungen des örtlichen Raumordnungskonzeptes getroffen, und zwar insbesondere hinsichtlich des Determinationsgrades und der baulichen Entwicklungsplanung.

f) Vertragsraumordnung:

Die Änderungen im Bereich der Vertragsraumordnung, die einen weiteren Schwerpunkt der Novelle darstellen, sollen eine präzisere Handhabung dieses Instrumentes durch die Gemeinden ermöglichen. Dabei wird dieses Instrument auf der Grundlage des im Auftrag der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) von Univ. Prof. Dr. Walter Berka und Univ. Prof. Dr. Andreas Kletecka im Jahr 2014 erstatteten Rechtsgutachten zu „Rechtsfragen der Vertragsraumordnung in Österreich“ (veröffentlicht in: ÖROK

[Hrsg], Beiträge der Raumordnung zur Unterstützung „leistbaren Wohnens“, Schriftenreihe Nr. 191 [2014]; aaO 77 [93]) weiterentwickelt.

Konkret erfolgen folgenden Änderungen gegenüber der bisherigen Rechtslage:

- Möglichkeit gemeinnützige Bauträger als Begünstigte in Raumordnungsverträgen vorzusehen
- Präzisierung der zulässigen Sanktionen im Falle der Nichteinhaltung von Verträgen
- Kriterien für die verpflichtende Verknüpfung von Verträgen und Änderungen von Raumordnungsinstrumenten samt Kontrahierungszwang für Gemeinden

g) Baulandeignung:

Eine teilweise Präzisierung erfahren die Regelungen über die erforderlichen Sicherheitsabstände von rechtmäßig bestehenden Seveso-Betrieben zum übrigen Bauland.

Künftig soll es möglich sein, Grundflächen, deren Eignung als Bauland aufgrund einer Bedrohung durch Naturgefahren nur eingeschränkt gegeben ist, als Bauland zu widmen und ergänzend jene Maßnahmen festzulegen, die aufgrund dieser Bedrohung zur Gewährleistung der Benutzersicherheit erforderlich sind. In diesem Fall darf die Baubewilligung nur für Bauvorhaben erteilt werden, die diese Maßnahmen vorsehen, was gegebenenfalls im Weg von Auflagen oder Bedingungen sicherzustellen ist. Erfüllt ein Bauvorhaben diese Voraussetzungen nicht, so ist die Baubewilligung wegen des Widerspruchs zum Flächenwidmungsplan zu versagen. Diese Regelung ergänzt das bisherige Regime des § 37 Abs. 3 (bisher: Abs. 2) erster Satz, wonach Grundflächen, die einer Bedrohung durch Naturgefahren ausgesetzt sind, nur unter den dort normierten einschränkenden Voraussetzungen als Bauland gewidmet werden dürfen.

In besonderen Ausnahmefällen kann es sich selbst im Bauland als erforderlich erweisen, die Baubewilligung unter der Auflage zu erteilen, dass bestimmte Arten von Anlagen nur während bestimmter Zeiträume benutzt werden dürfen; dies ist vor allem im Bereich von besonders hochwassergefährdeten Grundflächen der Fall. Dies soll jedoch nicht für Gebäude gelten, weil eine Gefährdungssituation, bei der im Bereich von Gebäuden eine im Hinblick auf deren Verwendungszweck adäquate Benutzersicherheit nicht gewährleistet werden kann, die Eignung der betreffenden Grundflächen als Bauland ausschließt.

Schließlich soll klargestellt werden, dass im Widmungsverfahren facheinschlägige Gutachten dann nicht mehr eingeholt werden müssen, wenn entsprechende fachliche Grundlagen anderweitig bereits zur Verfügung stehen; an der Verpflichtung, aktuelle Gefahrenzonenpläne in die Beurteilung mit einzubeziehen, soll keine Änderung eintreten.

Nach dem neuen § 37 Abs. 4 werden in Bezug auf Lärmimmissionen nach Widmungskategorien und Tageszeit gestaffelte dB-Grenzwerte festgelegt, bei deren Einhaltung die Eignung der betreffenden Grundflächen als Bauland unter dem Gesichtspunkt des Lärmschutzes jedenfalls gegeben ist. Werden diese Grenzwerte überschritten, so soll dies die Widmung der betreffenden Grundflächen als Bauland nicht vorweg ausschließen.

In diesem Fall sind jedoch im Flächenwidmungsplan zusätzlich zur Widmung als Bauland der betreffenden Kategorie jene baulichen oder organisatorischen Maßnahmen festzulegen, die einen ausreichenden Lärmschutz gewährleisten, wobei diese eine Voraussetzung für die Erteilung der Baubewilligung darstellen.

Nach dem neuen § 37 Abs. 5 soll ein entsprechendes Regelungssystem auch im Fall von Beeinträchtigungen durch Erschütterungen eingeführt werden; derartigen Immissionen kann jedoch ausschließlich durch bauliche Maßnahmen vorgebeugt werden.

h) Freiland:

Gänzlich neu gefasst werden die ehemals im § 42 enthaltenen Bestimmungen über die Zulässigkeit von Bauten im Freiland, die nun in systematisierter Art und Weise auf mehrere neue Bestimmungen aufgeteilt werden; dies ist notwendig geworden, da sich § 42 in seiner bisherigen Fassung als zu komplex und unübersichtlich erwiesen hat. Wesentliche Änderungen gegenüber der geltenden Rechtslage sind damit nicht verbunden, verschiedentlich erfolgen jedoch Präzisierungen bzw. Anpassungen von Verweisungen. Besonders zu erwähnen ist, dass im Fall des Wiederaufbaus von Gebäuden die Anzahl der oberirdischen Gebäude bzw. Gebäudeteile gegenüber dem vormaligen Baubestand nicht erhöht werden darf, womit vor allem dem Schutz vor Zersiedelung Rechnung getragen werden soll.

i) Sonderflächen:

Eine teilweise Neuregelung erfahren auch die Bestimmungen über die auf Sonderflächen zulässigen Bauten sowie die Bestimmungen über Bauten, die außerhalb des Baulandes jedenfalls einer Widmung als Sonderfläche bedürfen.

Mit dem neuen § 44 Abs. 9 wird eine Lücke geschlossen, die verschiedentlich zu Problemen bei der Widmungspraxis geführt hat. Es bestehen nämlich Sonderflächen für Hofstellen, die gleichzeitig die Voraussetzungen für allgemeine Sonderflächen für einen bestimmten besonderen Verwendungszweck erfüllen, wie etwa für den Betrieb eines Ausflugsrestaurants oder einer Fremdenpension. In einem solchen Fall wäre es unsachlich, die Zulässigkeit der Ausübung dieser Tätigkeit an die restriktiven Voraussetzungen nach § 44 Abs. 6, 7 und 8 zu binden. Um dieses Ergebnis zu vermeiden, wurde in solchen Fällen ergänzend zur Widmung als Sonderflächen für Hofstellen eine allgemeine Sonderflächenwidmung vorgenommen. Dies soll künftig nicht mehr notwendig sein. In den angesprochenen Fällen kann die entsprechende Tätigkeit auf der Grundlage einer entsprechenden Zusatzfestlegung ergänzend zur Widmung als Sonderfläche für Hofstellen neben der Hofbewirtschaftung ausgeübt werden.

Ausdrücklich vorgesehen wird neu die – unter ganz bestimmten restriktiven Voraussetzungen bestehende – Zulässigkeit von Ferienwohnungen in Almgebäuden.

Auch in Bezug auf Beherbergungsgroßbetriebe erfolgen Adaptierungen. So gelten künftig bestimmte neue Anforderungen an Beherbergungsgroßbetriebe, die in Form von Hoteldörfern betrieben werden.

j) Bebauungspläne:

Neuerungen ergeben sich auch im Bereich der Bebauungsplanung. Wesentlich ist die Ermöglichung der Erlassung von Bebauungsplänen für Gebiete und Grundflächen im Freiland auch außerhalb baulicher Entwicklungsbereiche. Weitere Neuerungen betreffen spezifische Regelungen über Bauflucht- und Baugrenzlinsen zur Gewährleistung der Nutzungssicherheit von Gebäuden auf durch Naturgefahren bedrohten Grundstücken und zur Aufrechterhaltung von wesentlichen Hochwasserabflussbereichen und -rückhalteräumen sowie die Festlegung von Baugrenzlinsen im Interesse des Biotopschutzes.

k) Raumordnungsverfahren:

Teilweise neu geregelt wird die Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltprüfung. Entsprechend den einschlägigen Vorgaben der SUP-Richtlinie soll entsprechend der bereits gehandhabten Verwaltungspraxis klar gestellt werden, dass im (mittlerweile seltenen) Fall der Neuerlassung des Flächenwidmungsplanes die Durchführung einer Umweltprüfung obligatorisch ist.

Die Änderung von örtlichen Raumordnungskonzepten sowie über die Gesamtänderung von Flächenwidmungsplänen soll dagegen, soweit Natura-2000 Gebiete betroffen sind, entsprechend den unionsrechtlichen Vorgaben künftig nicht mehr per se, sondern nur dann der Umweltprüfungspflicht unterliegen, wenn die Änderung nicht nur geringfügig ist oder sonst voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen zur Folge hat.

Wie im Bereich der überörtlichen Raumordnung, werden auch im Bereich der örtlichen Raumordnung die Bestimmungen über die Kundmachung von Entwurfsauflagen adaptiert. In diesem Sinn soll auch hier, soweit bisher vorgesehen, die kostenaufwändige Verlautbarung in einem landesweit verbreiteten Printmedium entfallen, statt dessen tritt neben die Kundmachung durch Anschlag an der Amtstafel jedenfalls die Bekanntmachung auf der Internetseite der jeweiligen Gemeinde. In diesem Sinn sind auch die Beschlüsse des Gemeinderates über die Erlassung bzw. Änderung der Planungsinstrumente zusätzlich zur Kundmachung durch Anschlag an der Amtstafel auf der

Internetseite der Gemeinde bekanntzumachen. Angelehnt an die entsprechende Regelung im Vorarlberger Raumplanungsgesetz wird einer Forderung des Landesvolksanwaltes entsprechend nun auch ein verpflichtendes Planungsgespräch über von Eigentümerseite gewünschte Widmungsänderungen vorgesehen, soweit nicht ohnehin eine Befassung des Gemeinderates erfolgt.

l) Übergangsbestimmungen:

Im Sinn einer Rechtsbereinigung erfolgt hier die materielle Aufhebung sämtlicher mittlerweile obsolet gewordener Vorschriften. Weiters wird der Geltungsbereich von Übergangsvorschriften im Bereich der Flächenwidmungsplanung, die nur mehr für die Stadt Innsbruck aufgrund dessen benötigt werden, dass diese ihren Flächenwidmungsplan noch nicht zur Gänze digital neu erlassen bzw. geändert hat, auf deren Gebiet beschränkt. Parallel dazu erfolgt auch eine Einschränkung des Geltungsbereiches der Übergangsvorschriften zu den auf der Grundlage des vormaligen Tiroler Raumordnungsgesetzes 1984 erlassenen Bebauungsplänen auf jene insgesamt noch vier Gemeinden, für die diese noch relevant sind. Mit diesen Maßnahmen wird ein erheblicher rechtsbereinigender Effekt erzielt, der dadurch weiter verstärkt wird, dass diese Vorschriften in einem gestrafft und systematisch neu strukturiert wurden.

*Dr. Peter Hollmann
Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht*

41.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden September 2016

Ertragsanteile an	September		Änderung	
	2015	2016	in Euro	in %
EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:				
Veranlagter Einkommensteuer	-451.257	-535.898	-84.640	-18,76
Lohnsteuer	22.953.540	20.235.537	-2.718.004	-11,84
Kapitalertragsteuer	1.624.272	1.612.296	-11.977	-0,74
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	572.620	479.103	-93.518	-16,33
Körperschaftsteuer	-318.312	1.107.218	1.425.530	447,84
Abgeltungssteuern Schweiz	-32	0	32	100,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	19.613	0	-19.613	-100,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	1.150	477	-672	-58,47
Stiftungseingangssteuer	27.041	7.680	-19.360	-71,60
Bodenwertabgabe	1.652	6.114	4.462	270,17
Stabilitätsabgabe	446.729	367.268	-79.460	-17,79
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	24.877.015	23.279.795	-1.597.220	-6,42
SONSTIGE STEUERN:				
Umsatzsteuer *)	18.275.793	19.865.881	1.590.088	8,70
Abgabe von alkoholischen Getränken	27	9	-18	-67,32
Tabaksteuer	1.550.277	1.587.614	37.337	2,41
Biersteuer	258.967	300.323	41.356	15,97
Mineralölsteuer	4.683.811	4.964.461	280.650	5,99
Alkoholsteuer	114.212	128.980	14.769	12,93
Schaumweinsteuer	12.113	12.010	-103	-0,85
Kapitalverkehrssteuern	29.637	1.775	-27.862	-94,01
Werbeabgabe	344.357	314.907	-29.450	-8,55
Energieabgabe	322.669	560.111	237.443	73,59
Normverbrauchsabgabe	357.420	367.716	10.296	2,88
Flugabgabe	88.329	87.907	-422	-0,48
Grunderwerbsteuer (Auft. n. einheitl. Schlüssel)	0	24.162	24.162	100,00
Grunderwerbsteuer	8.758.178	8.426.403	-331.775	-3,79
Versicherungssteuer	795.329	783.672	-11.658	-1,47
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.748.794	1.831.439	82.645	4,73
KFZ-Steuer	15	-3.331	-3.347	-100,00
Konzessionsabgabe	183.698	182.496	-1.202	-0,65
rechnungsmäßig Ertragsanteile	37.523.625	39.436.535	1.912.910	5,10
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	879.083	879.083	0	0,00
Summe sonstige Steuern	36.644.542	38.557.452	1.912.910	5,22
Kunstförderungsbeitrag	42.407	42.486	79	0,19
Summe Ertragsanteile der Gemeinden	61.563.964	61.879.733	315.770	0,51
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	4.856.902	5.280.893	423.992	8,73
Werbesteuerausgleich	55.127	50.370	-4.757	-8,63
Werbeabgabe nach der Volkszahl	289.230	264.537	-24.693	-8,54
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	250.835	250.835	0	0,00

42.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis September 2016

Ertragsanteile an	Jänner - September		Änderung	
	2015	2016	in Euro	in %
EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:				
Veranlagter Einkommensteuer	19.937.118	20.319.995	382.876	1,92
Lohnsteuer	191.614.798	182.468.443	-9.146.356	-4,77
Kapitalertragsteuer	14.690.885	11.247.407	-3.443.478	-23,44
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	6.505.189	6.049.904	-455.284	-7,00
Körperschaftsteuer	37.308.776	39.673.727	2.364.951	6,34
Abgeltungssteuern Schweiz	-307	14.905	15.212	4957,45
Abgeltungssteuern Liechtenstein	131.286	369	-130.916	-99,72
Erbschafts- und Schenkungssteuer	91.857	24.343	-67.514	-73,50
Stiftungseingangssteuer	648.790	207.839	-440.952	-67,97
Bodenwertabgabe	476.021	482.126	6.105	1,28
Stabilitätsabgabe	2.742.687	2.565.030	-177.658	-6,48
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	274.147.101	263.054.087	-11.093.014	-4,05
SONSTIGE STEUERN:				
Umsatzsteuer *)	182.367.032	188.467.522	6.100.490	3,35
Abgabe von alkoholischen Getränken	334	147	-186	-55,79
Tabaksteuer	12.447.367	13.092.798	645.431	5,19
Biersteuer	1.330.744	1.471.236	140.492	10,56
Mineralölsteuer	29.348.887	31.718.420	2.369.533	8,07
Alkoholsteuer	786.595	1.062.642	276.047	35,09
Schaumweinsteuer	123.939	174.675	50.736	40,94
Kapitalverkehrssteuern	394.324	584.104	189.780	48,13
Werbeabgabe	3.023.136	2.981.658	-41.478	-1,37
Energieabgabe	6.415.613	7.146.045	730.432	11,39
Normverbrauchsabgabe	2.875.565	2.876.784	1.219	0,04
Flugabgabe	721.362	742.614	21.252	2,95
Grunderwerbsteuer (Auft. n. einheitl. Schlüssel)	0	217.457	217.457	100,00
Grunderwerbsteuer	76.495.723	90.722.120	14.226.397	18,60
Versicherungssteuer	8.322.704	8.265.530	-57.174	-0,69
Motorbezogene Versicherungssteuer	14.228.132	14.862.222	634.090	4,46
KFZ-Steuer	246.825	251.489	4.664	1,89
Konzessionsabgabe	1.801.197	1.770.896	-30.301	-1,68
rechnungsmäßig Ertragsanteile	340.929.479	366.408.360	25.478.881	7,47
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	7.911.750	7.911.750	0	0,00
Summe sonstige Steuern	333.017.729	358.496.610	25.478.881	7,65
Kunstförderungsbeitrag	127.789	128.351	562	0,44
Ertragsanteile der Gemeinden ohne Zwischenabrechnung	607.058.842	621.441.434	14.382.592	2,37
Zwischenabrechnung	-1.970.055	9.580.729	11.550.784	586,32
Ertragsanteile gesamt	605.088.787	631.022.163	25.933.376	4,29
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	49.012.841	50.683.672	1.670.831	3,41
Getränkesteuerausgleich ZWA	546.530	-39.917	-586.447	-107,30
Summe Getränkesteuerausgleich	49.559.371	50.643.755	1.084.384	2,19
Werbesteuerausgleich	483.961	476.918	-7.044	-1,46
Werbeabgabe nach der Volkszahl	2.539.174	2.504.740	-34.434	-1,36
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	2.257.515	2.257.515	0	0,00

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR JULI 2016

(vorläufiges Ergebnis)

	Juni 2016 (endgültig)	Juli 2016 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2015		
Basis: Durchschnitt 2015 = 100	101,1	100,7
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	111,9	111,5
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	122,5	122,0
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	135,5	134,9
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	142,6	142,0
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	186,4	185,7
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	289,8	288,6
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	508,5	506,5
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	647,9	645,4
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	650,1	647,5

Der Index der Verbraucherpreise 2015 (Basis: Jahresdurchschnitt 2015 = 100) für den Kalendermonat Juli 2016 beträgt 100,7 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Juni 2016 um 0,4 % gesunken (Juni 2016 gegenüber Mai 2016 + 0,1 %). Gegenüber Juli 2015 ergibt sich eine Steigerung um 0,6 % (Juni 2016/2015 + 0,6 %).

MEDIENINHABER (VERLEGER):

**Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeinden,**
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370
www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck